

„Die Proteste sind gut für Russland“

Fortsetzung von Seite 3

Spätestens 2018 wird sich zeigen, was aus dem von Wladimir Putin versprochenen Modernisierungsschub geworden ist. Dann findet in Russland die Fußballweltmeisterschaft statt. Und bis dahin muss nicht zuletzt die „wettbewerbsfähige Infrastruktur“ fertig sein, die dem russischen Premier und wahrscheinlichen Sieger der Präsidentschaftswahl am Sonntag vorschwebt.

Auch das häufig beklagte Problem der Korruption will Putin angehen. Zwar gebe es Korruption auch in anderen Ländern, aber er werde als Präsident die Korruption in Russland stärker bekämpfen als bisher.

Alein 85 Milliarden Euro will die russische Bahngesellschaft RZHD in ein modernes Schienennetz und in Hochgeschwindigkeitsstrassen investieren. Um den Kraftwerkspark und das Stromnetz auf den neuesten Stand der Technik zu bringen, sind bis zum Ende des Jahrzehnts 280 Milliarden Euro nötig, haben Experten im Auftrag des russischen Energieministeriums errechnet.

Finanzieren kann Russland die Modernisierung mit der Ausfuhr von Gas und Öl, die fast 70 Prozent der russischen Exporte ausmacht. Der Anteil von Maschinen, Ausrüstungen und Transportmitteln an den Ausfuhren beträgt dagegen nur rund vier Prozent.

Diese Zahlen zeigen, wie ambitioniert Putins zweites Ziel ist: Russland aus der Abhängigkeit von Rohstoffexporten zu befreien und eine wettbewerbsfähige Industrie aufzubauen. Vor allem in der Luftfahrt, der Telekommunikation und Informationstechnik will Russland gewichtiger Produktions- und Forschungsstandort werden. Nur so kann die Wirtschaft wieder stärker wachsen. 2011 legte das Bruttoinlandsprodukt 4,1 Prozent zu, für 2012 prognostiziert der IWF nur noch ein Plus von 3,3 Prozent.

Erste Erfolge sind in Russland aber bereits sichtbar: So ist 2011 dank neuer Werke die Elektronikproduktion deutlich gestiegen. Der Ausbau der 4G-Mobilfunknetze gibt der Telekommunikationsbranche Schub. Fiat gründet mit der russischen Sberbank ein Gemeinschaftswerk für die Jeep-Produktion. Und der Leverkusener Chemiekonzern Lanxess will ab 2013 südlich von Moskau Produkte für die Auto- und Reifenindustrie Russlands produzieren. 2011 zog Russland 14 Milliarden Euro ausländische Direktinvestitionen an. In Deutschland waren es 22 Milliarden Euro.

Die deutsche Wirtschaft spielt bei der Modernisierung Russlands eine Schlüsselrolle: Nach Angaben des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft ist die Zahl der in Russland tätigen deutschen Unternehmen auf mehr als 6300 wieder gestiegen. Nach einer Umfrage des Ost-Ausschusses und der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer planen 49 Prozent der befragten Unternehmen in den nächsten zwölf Monaten Investitionen in Russland. 64 Prozent wollen ihr Personal dort aufstocken und mehr als 880 Millionen Euro investieren.

Ob Russland seine Wachstumsziele erreiche, hänge aber auch davon ab, dass die Euro-Zone ihre Krise löse, sagte Putin. Die wahren Gründe der Finanzkrise, nämlich eine Überproduktion in Teilen der Wirtschaft, eine Blasenbildung und der zu leichtfertige Umgang mit derivativen Finanzprodukten, seien bislang nicht angegangen worden. Für Russland sei Stabilität in Europa enorm wichtig, da die Wirtschaft zu einem großen Teil in die Euro-Zone exportiere.

Frank Specht, Oliver Bilger

Das vollständige Interview mit Putin erscheint am Montag im Handelsblatt.

Das stille Leiden der Wirtschaft in Putins Reich

Als Wladimir Putin um die Jahrtausendwende zum starken Mann Russlands aufstieg, wollte er eine wirtschaftliche Weltmacht schaffen. Nur die hohen Rohstoffpreise erlauben ihm, diese Fassade aufrechtzuerhalten. Dahinter begegnet Unternehmern und Investoren ein Geflecht aus Bürokratie, Korruption und Willkür. Eine Reportage von Oliver Bilger.

Alexej Koslow ist zwischen die Fronten geraten. Links von ihm stehen junge Russen, kaum älter als 20 Jahre. Rote Pappherzen baumeln vor ihrer Brust, „Putin liebt alle“ steht darauf gedruckt. Rechts von Koslow halten sich Menschen an den Händen. Sie tragen Schals, Mützen und Schleifen am Mantelkragen, alles in Weiß, der Farbe des Protests gegen den Premierminister - und ab Sonntag wohl neuen Präsidenten - Wladimir Putin. Der Geschäftsmann Koslow ist Teil der Bewegung, die sich an diesem Sonntag vor der Präsidentschaftswahl in der Innenstadt versammelt hat. 30 000 Demonstranten bilden eine Menschenkette, 16 Kilometer lang. Sie umzingeln auch den Kreml, in den Putin erneut einziehen möchte. Koslow und seine Anhänger werden das nicht verhindern können, doch er sagt: „Zum ersten Mal spürt Putin einen Widerstand aus dem Volk. Darauf muss er reagieren.“



„Zum ersten Mal spürt Putin Widerstand aus dem Volk. Darauf muss er reagieren.“ Alexej Koslow, Unternehmer

Johannes Schönhuber findet sich dieser Tage nicht unter den Protestierenden auf Moskaus Straßen. Wer dem Russland-Chef des deutschen Lebensmittelkonzerns Zentis aber eine Weile zuhört, der bekommt Ähnliches zu hören wie im Gespräch mit Koslow. Schönhuber beklagt starre Behörden, verkürzte Strukturen. Er sagt: „Es gibt so viele Vorschriften, dass man leicht unbewusst straffällig wird.“ Er nennt das eine „unnötige Kriminalisierung“. Es werde immer mehr Bürokratie geschaffen, die noch mehr Korruption ermöglichen. „Für den sauberen Geschäftsmann wird es schwierig, die Schummler erwischen man sowieso nicht“, sagt Schönhuber.

Alexej Koslow und Johannes Schönhuber. Zwei Menschen, zwei Welten, ein Problem. Als Wladimir Putin vor mehr als einem Jahrzehnt zum starken Mann Russlands aufstieg, da versprach er seinen Landsleuten, künftig auch für ein wirtschaftlich starkes Russland zu streiten. Seither sind zwar allerlei schöne wirtschaftliche Fassaden entstanden, das Fundament aber ist porös.

Zwar bewerten etwa deutsche Unternehmer in Russland eine dritte Amtszeit Putins nach den Wahlen am Sonntag neutral. Doch auch sie sehen Reformbedarf, vor allem bei Bürokratie und Korruption, Visabestimmungen und Zollabfertigung. Auch sie sehen, dass vieles, was Russlands Wirtschaft in den letzten Jahren angetrieben hat, auf den hohen Rohstoffpreisen fußt und nicht etwa auf einer starken verarbeitenden Industrie. Das Gros der Unternehmen ist - von Rohstoffpro-

duzenten und wenigen Softwareherstellern abgesehen - kaum wettbewerbsfähig. Das Wachstum hat sich seit der Wirtschaftskrise 2008 halbiert, trotz steigender Rohstoffpreise. Im vergangenen Jahr lag es bei 4,1 Prozent.

Die Summe der Bestechungsgelder, die jedes Jahr fließen, wird auf 300 bis 400 Milliarden Dollar geschätzt. Bei Rankings zu Investitionsbedingungen und Korruption landet Russland regelmäßig auf den hinteren Plätzen. Unternehmen und Anleger halten sich zurück, ausländische Direktinvestitionen flossen im vergangenen Jahr noch weit weniger als vor der Krise. Insgesamt zogen Anleger 2011 sogar 85 Milliarden Dollar aus Russland ab, der zweithöchste Wert in der Geschichte des Landes.

Wer sich in den Tagen vor den Wahlen in Russland umhört, jenem Riesenreich, das einst auch eine gigantische Industrie sein Eigen nannte, der lernt bei russischen und deutschen Unternehmen schnell, dass hier vieles schief läuft.

Geschäftsmann Koslow begrüßt während der Demonstration in Moskau immer neue Demonstranten. Koslow hat einen weichen Händedruck, daran konnte auch das Straflager nichts ändern. Drei Jahre und zwei Monate hat der Unternehmer im Gefängnis verbracht, zuletzt in einer Strafkolonie im Ural. Bis im vergangenen September der Oberste Gerichtshof überraschend seine Freilassung anordnete. Jetzt trägt er einen weißen Schal über seinem blauen Anorak. Darunter hat er einen zweiten Schal um den Hals gewickelt, einen roten. Die Kleiderschichten bilden zusammen die russische Flagge: Weiß, Blau, Rot. Koslows Freunde fordern: „Russland ohne Putin!“ Auf der anderen Seite plärrt die Kreml-Jugend: „Wir sind für Putin!“ Dass die Putin-Aktivisten den Protest der Putin-Gegner stören, beeindruckt Koslow nicht. „Das ist Demokratie“, sagt er. Aber es sei eine schlechte Idee, hier aufzutreten, schiebt er nach - „weil wir mehr sind“.

Ein Sieg des Regierungschefs und Ex-Präsidenten gilt am Sonntag als sicher, doch die Zahl der Unzufriedenen wächst. Das System Putin bekommt Risse. Seit Wochen fordern Gegner neue Freiheiten, Mitsprache und mehr Wettbewerb. Sie drängen auf Modernisierung in Politik und Wirtschaft. Diese Bewegung ist anders als die kleineren Proteste, die Putin in den vergangenen Jahren schon ausgesessen hat. Dieses Mal sind nicht irgendwelche Randgruppen unzufrieden, es ist die gehobene Mittelschicht: Unternehmer wie Kos-

low, Vertreter ausländischer Investoren wie Schönhuber. Menschen, die lange glaubten, Putins gelenkte Demokratie nütze ihnen.

Nun aber haben sie genug von der Bevormundung durch den Staat, der wuchernden Bürokratie und Korruption und der Willkür, die täglich Geschichten schreiben wie die von Alexej Koslow.

Acht Jahre soll er in Haft

Bevor er ins Straflager gesperrt wird, lebt Koslow mit seiner Frau, einer Journalistin, in einer Villa an der Rubljowka, der Straße der Reichen, im Westen Moskaus. Koslow verdient mit Immobiliengeschäften Millionen. Bei Wahlen stimmt er für Putin. Der junge Unternehmer hält sich an den Gesellschaftsvertrag, den die Mächtigen stillschweigend mit dem Volk vereinbart haben: Als Gegenleistung für mehr Wohlstand überlassen die Menschen die Politik einer kleinen Elite.

Koslows Leben ändert sich im Jahr 2007, mit einem kritischen Artikel seiner Frau. Koslows Geschäftspartner, der gleichzeitig im Förderationsrat sitzt, dem Oberhaus, verlangt von Koslow, er solle sich von der Journalistin trennen. Es kommt zum Streit, und Koslow trennt sich - von seinem Geschäftspartner. Beide übertragen ihre Firmenanteile auf andere Gesellschaften. Wenige Monate später wird Koslow beschuldigt, bei dem Transfer betrogen zu haben.

Das Gericht befindet den Unternehmer der Unterschlagung und Geldwäsche schuldig - acht Jahre soll er in Haft. Koslow und



Wladimir Putin im Wahlkampf: Der Premier will wieder Staatschef werden.

Alexey Durnin/AP, Fedor Savitskiy, Daniel Lynch/Financial Times-REX/Anif

Gäste empfängt der Oligarch in seiner Stadtrésidenz, in einem Arbeitszimmer mit dunklem Holz und schweren Ledersesseln. An der Wand hängen zwei Gemälde: Schiffe in stürmischer See. Turbulent ergeht es in diesen Tagen auch Lebedews Investitionen - die Turbinen sind nicht das einzige Problem.

Vor etwas mehr als einem Jahr sorgte eine Polizei-Razzia in Lebedews Nationaler Reservbank (NRB) für Aufsehen. Männer mit Sturmhauben und Maschinenpistolen beschlagnahmten Dokumente des Instituts, über das Lebedew an AeroFlot und Gazprom beteiligt ist. Mitte Februar durchsuchten Geheimdienstmitarbeiter die Bank erneut. Kurz darauf erklärte die kremlkritische Zeitung „Nowaja Gazeta“, in finanziellen Nöten zu stecken und ihren Mitarbeitern keine Löhne mehr zahlen zu können. Lebedew finanziert die Zeitung gemeinsam mit Michail Gorbatschow, doch seit der Überprüfung durch die Zentralbank und den Razzien mache die Bank keinen Gewinn mehr, sagt Lebedew. Aus dem Profit jedoch werde die „Nowaja Gazeta“ finanziert.

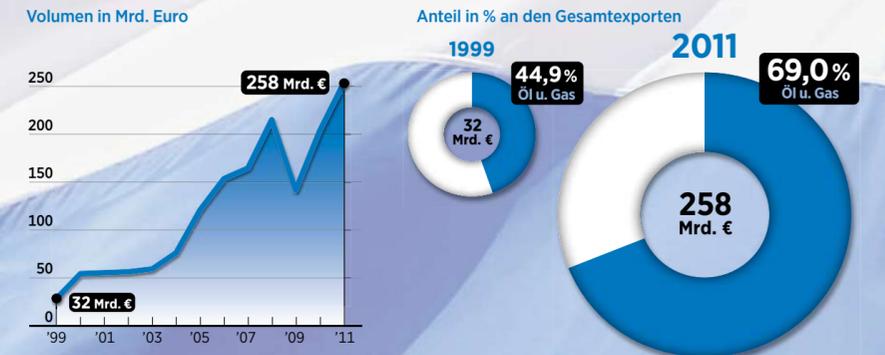
Mit Sturmhauben und Maschinenpistolen

Lebedew vermutet, dass er und die Zeitung ruhiggestellt werden sollen. Er kann nicht sagen, ob hinter den Aktionen gegen seine Geschäfte Putin persönlich steckt oder Leute

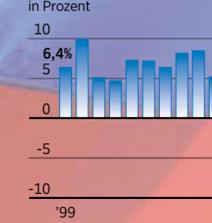
Putins Bilanz

Öl und Gas tragen den wirtschaftlichen Aufschwung

Russlands Exporte von Öl und Gas



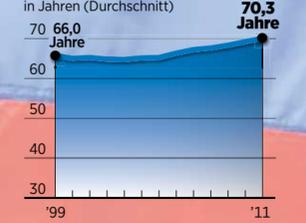
Wirtschaftswachstum



Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



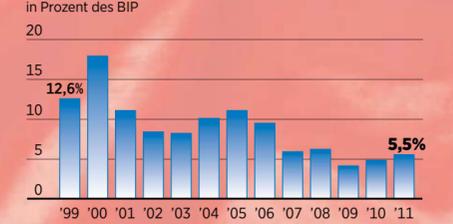
Lebenserwartung



Staatsverschuldung



Leistungsbilanzsaldo



Handelsblatt

Quellen: EIU, IWF, Weltbank



„Wenn ich weiter in die Ecke getrieben werde, schließe ich mich der Opposition an.“ Alexander Lebedew, Oligarch

aus dem Ausland. Zentis-Mann Schönhuber, 50, leitet seit neun Jahren das Russland-Geschäft des deutschen Lebensmittelproduzenten. „Wir beliefern fast jeden Joghurthersteller in Russland“, sagt er. Dazu muss verarbeitetes Obst, sogenannte Fruchtzubereitung,

aus dessen Umfeld, die dem Premier gefallen wollen. „Ich versuche es herauszufinden, aber niemand in der Regierung spricht mit mir“, erzählt Lebedew. Druck sei schon immer da gewesen. Doch gerade jetzt sei er deutlich gewachsen. Immer wieder gab es Gerüchte, er könnte nach London ziehen, wie es andere Milliardäre gemacht haben. Lebedew besitzt dort die Zeitungen „Independent“ und „Evening Standard“. Nein, sagt er: „Ich will hier bleiben. Ich habe hier genug zu tun.“

Allerdings war er bei den letzten Großkundgebungen. „Wenn ich weiter in die Ecke getrieben werde, schließe ich mich der Opposition an.“ Putin rät er, sich für die Forderungen der Demonstranten zu öffnen und das Land zu reformieren. Andernfalls würden noch mehr Menschen auf die Straße gehen.

Damit würde sich auch das Investitionsklima weiter verschlechtern. Russland aber braucht Investitionen für die notwendige Modernisierung - auch dann, drakonische Strafen von bis zu 500 000 Rubel. Der Generaldirektor hofft, dass sich auch dieses Problem lösen lässt. Er glaubt, dass die Regierung verstanden hat, dass es Reformen geben muss. „Aber ich zweifle, dass das schnell geht.“

aus Deutschland oder Polen über die Grenze nach Russland. Bis zu 20 Lkws kommen jede Woche. In sechs Stunden kann die Zollabfertigung erledigt sein, früher dauerte das drei Tage. Schönhubers Mitarbeiter mussten damals vor Ort im Zollhof sein. „Das war ein riesengroßer Personalaufwand und sehr viel Papierkram“, sagt der Russland-Chef. Heute geht das elektronisch, die Zentis-Mitarbeiter machen die Unterlagen im sechsten Stock ihres Bürogebäudes im Moskauer Vorort Chimki fertig. Drei Jahre dauerte es, bis dafür alle Bestätigungen vom russischen Zoll vorlagen, Gesetze überprüft und Mitarbeiter vorbereitet waren. Russland bewege sich - wenn auch nur langsam, sagt Schönhuber. „Vor 20 Jahren hätte niemand gedacht, dass man mit dem Zoll überhaupt reden kann.“

Anderere Probleme bleiben. Zum Beispiel wenn es um die Einhaltung von Gesetzen und Verordnungen geht. „Wenn zwei Leute das Zollgesetz lesen, bekommen sie vier Meinungen“, berichtet Schönhuber. Schwierigkeiten bereiten Erlasse und Verordnungen, die sich nicht selten widersprechen. Erst vor kurzem wurden die Vorschriften verschärft, jetzt drohen selbst bei einfachen Fehlern wie einem falsch angegebenen Zollwert, der wegen des schwankenden Wechselkurses vorkommen kann, drakonische Strafen von bis zu 500 000 Rubel. Der Generaldirektor hofft, dass sich auch dieses Problem lösen lässt. Er glaubt, dass die Regierung verstanden hat, dass es Reformen geben muss. „Aber ich zweifle, dass das schnell geht.“